S 53 AS 3381/22 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

31

Beschluss

-

Rechtskraft

Deskriptoren Beweiswürdigung

Überzeugung, an Gewissheit grenzende

Wahrscheinlichkeit

Zeugenbeweis

Urkundenbeweis

Folgenabwägung

Leitsätze

Abteilung

Kategorie

Bemerkung

- 1. Auch im Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz nach § 86b Abs. 2 SGG sind im Rahmen einer Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruches im Sinne von § 86b Abs. 2 S. 4 SGG i.V.m. § 920 Abs. 2 ZPO gemäß § 118 Abs. 1 SGG die Beweisregeln aus §§ 358 ff. ZPO zu beachten.
- 2. Ergibt sich aus den so zu beachtenden vorliegenden Beweismitteln (insbesondere aus vorliegenden Urkunden und Zeugenaussagen) eine an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit für das Bestehen oder das Nichtbestehen des geltend gemachten Anspruches, so ist für eine Folgenabwägung kein Raum.

SGG § 86b Abs. 2

SGG § 128 Abs. 1

Normenkette

SGG § 118 Abs. 1

ZPO § 373 ff

ZPO § 415 ff

1. Instanz

Aktenzeichen S 53 AS 3381/22 ER

Datum 18.07.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 31 AS 690/22 B ER

Datum 14.11.2022

3. Instanz

Datum -

Auf die Beschwerde des Antragsgegners wird der Beschluss des Sozialgerichts Berlin vom 18. Juli 2022 geändert.

Â

Der Antrag auf GewĤhrung einstweiligen Rechtsschutzes wird insgesamt abgelehnt.

Â

Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe für das Beschwerdeverfahren vor dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg unter Beiordnung von Rechtsanwältin A H wird abgelehnt.

Â

Au̸ergerichtliche Kosten des Rechtsstreits sind nicht zu erstatten.

Gründe

I.

Die Antragsteller begehren von dem Antragsgegner im Wege des vorlĤufigen Rechtsschutzes Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) fþr den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 31. Dezember 2022 i.H.v. 80 % der Regelleistung zuzþglich Kosten der Unterkunft.

Â

Der 1961 geborene Antragsteller zu 1) und die 1971 geborene Antragstellerin zu 2) sind in Beirut (Libanon) geboren und verheiratet. Sie sind libanesische Staatsbýrger, halten sich nach eigenen Angaben seit 1986 in der Bundesrepublik Deutschland auf und sind jeweils im Besitz einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz. Sie sind die Eltern des 2001 geborenen Antragstellers zu 3).

Â

Seit 2009 stehen die Antragsteller im Leistungsbezug nach dem SGB II.

Â

Im Dezember 2016 ging bei dem Antragsgegner eine anonyme Anzeige ein, wonach der Antragsteller zu 1) im Libanon im Besitz von elf Wohnungen mit einem Wert von 3,5 Millionen \$ sei. AuÃ□erdem besitze er im Libanon ein Stück Land im Wert von 300.000 \$ und ein Auto im Wert von 30.000 \$. Diese Besitztümer seien im Libanon auch auf seinen Namen und den Namen der Antragstellerin zu 2) gemeldet. Der anonymen Anzeige waren Kopien in arabischer Schrift beigefügt. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass der Schwiegersohn (im folgenden: Zeuge) des Antragstellers zu 1) die anonyme Anzeige erstattet hatte.

Â

Der Antragsgegner erstattete daraufhin unter Bezugnahme auf diese anonyme Anzeige beim Polizeipr \tilde{A} xsidenten in Berlin im Januar 2017 Strafanzeige wegen des Verdachtes des Betruges gem \tilde{A} x \tilde{A} \hat{A} 0 gegen den Antragsteller zu 1), bewilligte aber zuletzt f \tilde{A} 1/4r den Zeitraum von Januar bis Dezember 2018 weiterhin Leistungen nach dem SGB II.

Â

Den Weiterbewilligungsantrag f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zeit ab dem 1. Januar 2019 lehnte der Antragsgegner dann wegen vorhandenen Verm \tilde{A}^{9} gens und einer daraus resultierenden fehlenden Hilfebed $\tilde{A}^{1}/_{4}$ rftigkeit ab.

Die anwaltlich vertretenen Antragsteller beantragten daraufhin bei dem Sozialgericht Berlin den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Das Sozialgericht Berlin (Aktenzeichen: S 108 AS 224/19 ER) fý/hrte in diesem Verfahren eine nichtöffentliche Sitzung mit Beweisaufnahme mit Vernehmung des Zeugen durch. In dieser Sitzung erklärte der Antragsteller zu 1) insbesondere, dass seine Familie im Libanon weder besonders arm, noch besonders reich sei und er nicht ý/ber Immobilien dort verfý/ge. Der Name I komme im Libanon sehr häufig vor. Er habe als Miterbe lediglich eine Immobilie geerbt, fü/r diese laufe jedoch eine Erbauseinandersetzung. Er sei auch nicht oft im Libanon, dafý/r reiche das Geld nicht. Er lebe von geliehenem Geld und dem Verkauf einzelner Möbel. Sein Schwiegersohn/der Zeuge sei bei der Hisbollah, sage die Unwahrheit und habe ihm mit dem Tode bedroht. Der Zeuge sagte ausweislich des Sitzungsprotokolls der

nichtĶffentlichen Sitzung vom 13. Februar 2019 aus, im Libanon und im Verwandtenkreis sei es allgemein bekannt, dass der Antragsteller zu 1) MillionĤr sei, in Deutschland lebe er allerdings ganz bescheiden. Er selbst sei nicht bei der Hisbollah und sei umgekehrt vom Schwiegervater mit dem Tode bedroht und von den Schwiegereltern kĶrperlich verletzt worden. Hierzu existiere ein Krankenhausbericht, das Strafverfahren zu der zugrundeliegenden KĶrperverletzung sei allerdings eingestellt worden.

Â

Mit Beschluss vom 18. Februar 2019 hat das Sozialgericht Berlin im damaligen Verfahren (S 108 AS 224/19 ER) den Antragsgegner im wesentlichen antragsgemäÃ∏ zur vorläufigen Leistungserbringung für den Zeitraum Januar bis Juli 2019 verpflichtet. Zur Begründung hat das Sozialgericht ausgeführt, es bestehe möglicherweise ein Anordnungsanspruch. Ob Hilfebedürftigkeit vorliege, sei nicht abschlie̸end festzustellen, weil im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes nicht geklÄxrt werden kĶnne, ob verwertbares ImmobilienvermĶgen im Libanon zur Verfļgung stehe. Zwar würden einige von der Staatsanwaltschaft Berlin ermittelte UmstAxnde darauf hindeuten, dass ein betrÄxchtliches ImmobilienvermĶgen im Libanon vorhanden sei. Insbesondere spreche der Bericht des Libanesischen Justizministeriums vom 3. September 2018 dafür. Andererseits weise dieser Bericht beachtliche Fehler und Widersprüche auf, so beispielsweise beim Tagesdatum im Geburtsdatum des Antragstellers zu 1) und der korrekten Schreibweise des Namens der Mutter der Antragstellerin zu 2). Denkbar sei auch das eine Namensgleichheit vorliege. Gleiches gelte auch fÃ1/4r die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft; auch hier seien aufgrund (geringfügiger) Namensabweichungen Unstimmigkeiten festzustellen. SchlieA⊓lich bestļnden zum Zeugen offensichtlich familiĤre und religiĶse Streitigkeiten und es sei nicht klar, ob es sich überhaupt um verwertbares Vermögen handele. Insgesamt sei daher im Wege einer FolgenabwĤgung zu entscheiden und die gehe zugunsten der Antragsteller aus.

Â

Auch in den FolgezeitrĤumen erwirkten die Antragsteller in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes entsprechende Entscheidungen des Sozialgerichts Berlin, in denen regelmĤÄ□ig jeweils auf den Beschluss vom 18. Februar 2019 und die weiteren Entscheidungen verwiesen wurde und im Rahmen einer FolgenabwĤgung Leistungen zugesprochen wurden (so mit Beschluss vom 24. Juli 2019- S 108 AS 6145/19 ER-, 28. Januar 2020- S 77 AS 187/20 ER-, 29. Juli 2020 â□□ S 77 AS 5091/20 ER-, 11. Januar 2021 â□□ S 77 AS 5/21 ER -, 8. Juli 2021 â□□ S 77 AS 4267/21 ER- und 19. Januar 2022-S 53 AS 18/22 ER). Die Hauptsacheverfahren wurden wegen des eingeleiteten Strafverfahrens ausgesetzt. Gegen den Beschluss im Verfahren S 108 AS 6154/19 ER vom 24. Juli 2019 wurde die Beschwerde des Antragsgegners durch Beschluss des 10. Senats des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 30. August 2019 (L 10 AS 1491/19 B ER) als unzulĤssig verworfen, weil der Antragsgegner der aus dem angefochtenen Beschluss resultierenden Verpflichtung nachgekommen war und so die einstweilige Anordnung

erledigt sei.

Â

Auch im vorliegenden Verfahren hat das Sozialgericht Berlin den Antragsgegner mit Beschluss vom 18. Juli 2022 im wesentlichen antragsgemäÃ□ zur vorläufigen Leistungserbringung für den Zeitraum Juli bis Dezember 2022 verpflichtet und hat zur Begründung unter Hinweis auf die zahlreichen vorherigen Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren vor dem Sozialgericht ausgeführt, dass im Wege einer Folgenabwägung Leistungen zu gewähren seien.

Â

Gegen diese Entscheidung hat der Antragsgegner am 20. Juli 2022 Beschwerde eingelegt.

In zahlreichen einstweiligen Rechtsschutzverfahren seien den Antragstellern vom Sozialgericht Berlin seit 2018 durchgehend aufgrund von Folgenabw \tilde{A} α gungen Leistungen zugesprochen worden. Dabei sei aber \tilde{A}^{1} 4bersehen worden, dass zumindest einige der Immobilien zweifelsfrei beiden Antragstellern zuzuordnen seien, da sie ihnen nach dem libanesischen Grundbuch zusammen geh \tilde{A} α ren w \tilde{A}^{1} 4rden. Seien allerdings beide als Eigent \tilde{A}^{1} 4mer aufgelistet, best \tilde{A}^{1} 4nden jedenfalls keine vern \tilde{A}^{1} 4nftigen Zweifel mehr am Eigentum. Im \tilde{A} α rigen sei der Betrugsverdacht durch weitere Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Libanon erh \tilde{A} α rtet worden. Es best \tilde{A}^{1} 4nde danach kein vern \tilde{A}^{1} 4nftiger Zweifel mehr, dass den libanesischen Beh \tilde{A} α rden bekannt gewesen sei, um welche Personen es sich gehandelt habe und worauf sich die Ausk \tilde{A}^{1} 4nfte beziehen. Abgesehen von den zahlreichen Immobilienwerten verf \tilde{A}^{1} 4ge der Antragsteller zu 1) zudem als Halter \tilde{A}^{1} 4ber einen VW Touareg, der mit einem Listenpreis von \tilde{A}^{1} 4ber 68.000 \hat{a} α 0 allein die Verm \tilde{A}^{1} 9gensfreibetr \tilde{A}^{1} 2ge in H \tilde{A}^{1} 9he von insgesamt 22.800 \hat{a} α 0 allein die Verm \tilde{A}^{1} 4rde und sofort verwertbar sei.

Â

Die Antragsteller haben anwaltlich vortragen lassen, sie verfügten über keinerlei Vermögen im Ausland und seit einer Hausdurchsuchung der Staatsanwaltschaft im Jahre 2017 hätten sie nichts mehr von den Vorwürfen gehört. Es sei erstaunlich, dass strafrechtlich nichts weiter geschehen sei, wenn die vorgelegten Ermittlungsberichte aussagekräftig sein sollten.

Â

Der erkennende Senat hat die Akten der Staatsanwaltschaft Berlin (282 JS 2300/17, drei BĤnde, im folgenden: StA- Akten) beigezogen und Kopien hiervon als Beiheft zu den Akten genommen.

Aus diesen StA-Akten ist insbesondere ersichtlich, dass es sich bei den mit der anonymen Anzeige $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bersandten Kopien um vom Ministerium des Ausw \tilde{A} xrtigen

und der Libanesen im Ausland beglaubigte Kopien der Generaldirektion fýr Grundeigentum/Informationsblatt über Grundeigentum in der Libanesischen Republik handelt, nach denen der Antragsteller zu 1) bei insgesamt elf Immobilien im Libanon als im â∏∏Privateigentumâ∏∏ stehend eingetragen ist (Stand: November 2016) (Bd. I, Bl. 24 ff der StA- Akten). Die Antragstellerin zu 2) war danach bei zwei Immobilien als Eigentümerin eingetragen (Bd. I, Bl. 27 StA-Akten). Ausweislich der Protokolle über die Zeugenvernehmung des Zeugen (Bd. I, vom 21. Dezember 2016 und 13. Dezember 2017, Bl. 66f. und 88 ff. StA -Akten) gab dieser zu Protokoll, dass er gro̸e Schwierigkeiten mit seinem Schwiegervater seit dem Beginn des Syrien- Krieges habe. Er sei Schiit und der Antragsteller zu 1) Sunnit. Seitdem hÃxtte die Spannung zwischen beiden zugenommen und er sei von Familienmitgliedern verprügelt (Bd. I, Bl. 59 StA -Akten) worden und sehe sich vom Schwiegervater/Antragsteller zu 1) mit dem Tode bedroht. Nachdem er gemerkt habe, dass die Antragsteller ihn als Lýgner dastehen lassen wollen, habe er sich einen Grundbuchauszug vom Antragsteller zu 1) und der Antragstellerin zu 2) aus dem Libanon besorgt, aus dem hervorgehe, dass beide insgesamt 3,5 Millionen \$ an Immobilienbesitz h\tilde{A}\tilde{x}tten. Diese Unterlagen habe er von seiner Familie aus dem Libanon erhalten, weil auch sie im Libanon von der Familie der Antragsteller bedroht worden sei. Au̸er den Immobilien habe der Antragsteller zu 1) dort auch einen VW, gröÃ∏er als ein Tiguan. Den habe er hier gekauft und allein die Transportkosten in den Libanon hAxtten sich auf ca. 14.000 \$ belaufen. Der Antragsteller zu 1) habe deutschlandweit einen Autohandel betrieben und Fahrzeuge angekauft. Weiter ist den Akten der Staatsanwaltschaft das Protokoll einer Hausdurchsuchung bei den Antragstellern (am 14. November 2017) zu entnehmen (Bd. I, Bl. 81 ff. StA- Akten). Au̸erdem ist der staatsanwaltschaftlichen Akte ein Rechtshilfeersuchen an die JustizbehĶrden in der Libanesischen Republik vom 15. MAxrz 2018 zu entnehmen (Bd. I, Bl. 154 StA-Akten) und die Antwort der Generalstaatsanwaltschaft der Libanesischen Republik (Bd. I, Bl. 187 ff. StA-Akten), nach der den Antragstellern im Libanon zahlreiche Immobilien ganz oder teilweise gehören (im Bereich des Grundbuchamtes im A-Gebiet drei Immobilien und im Bereich des Grundbuchamtes C-Region sieben Immobilien), laut Auskunft der Finanzabteilung der Jabal Libanon mit einem Gesamtwert in HA¶he von A¼ber 1,7 Milliarden libanesische Lira (Bd. I, Bl. 191 StA- Akten). Auf eine weitere Anfrage der Staatsanwaltschaft Berlin vom 28. Juni 2019 (Bd. II, Blatt 77 StA -Akten) teilte die Botschaft des Libanon in der Bundesrepublik Deutschland mit Schreiben vom 15. Oktober 2019 mit, dass die im Rahmen eines Eigentumserwerbes einer Immobilie im MÃxrz 2011 ausweislich des Vertragsprotokolls vorgelegten Ausweisdokumente mit den dazugehĶrigen Ausweisnummern echt sind und fýr die Antragsteller ausgestellt wurden (Bd. II, Bl. 93 StA-Akte). Schlie̸lich führte das Bundeskriminalamt (BKA) in Zusammenarbeit mit libanesischen BehĶrden weitere Ermittlungen im Libanon durch und erteilte zu den Ermittlungsergebnissen Auskunft (Vermerk vom 24. September 2020, Bd. II Bl. 191 der StA-Akten, Vermerk vom 29. Oktober 2020, Bd. II, Bl. 194 StA-Akten, Vermerk vom 30. Oktober 2020, Bd. II, Bl. 196 StA-Akten, Vermerk vom 14. April 2021, Band II Bl. 223 StA- Akten und E-Mail vom 14. Dezember 2021, Bd. II Bl. 240 StA-Akten). Nach diesen Ermittlungen kann eine Grundstücks-Recherche im Libanon auch von Privatpersonen erfolgen, die Grundbuchämter würden ähnlich wie in Deutschland geführt, die angegebenen Werte der Grundstücke seien regelmäÃ∏ig eher zu niedrig

angesetzt- keinesfalls zu hoch, bei der \tilde{A}_{\Box} bersetzung aus der arabischen Schrift entst \tilde{A}_{\Box}^{1} nden aufgrund von Transkriptionsproblemen gelegentlich Ungenauigkeiten, bei Vorortterminen seien die Wohnungen festgestellt worden und ein VW Touareg mit dem Kennzeichen 0 212267 in einer Parkbox einer Immobilie festgestellt worden, dessen Halter nach Auskunft der International Security Forces (ISF) der Antragsteller zu 1) sei. Au \tilde{A}_{\Box} erdem wurde festgestellt, dass der Umtauschkurs libanesische Lira/US-Dollar nach dem seit 1997 festgelegten Umtauschkurs bei 1.507,5 Lira = 1 \$ \tilde{A} liege (Bd. III, Bl. 203 StA- Akte). Weitere Ermittlungen w \tilde{A}_{\Box}^{1} 4rden sich aufgrund der Lage im Libanon als \tilde{A}_{\Box} 240 StA -Akte).

Gegen die Antragsteller wurde schlieà lich Anklage erhoben (Bd. II, Bl. 115 StA Akte), die mit Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten (232b Ls) 282 JS 2300/17 (1/20)vom 16. Juni 2022 zur Hauptverhandlung zugelassen wurde (Bd. III, Bl. 16 StA-Akte).

Â

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte, die Verwaltungsakte des Beschwerdegegners und die beigezogenen Akten der Staatsanwaltschaft Berlin bzw. des Amtsgerichts Tiergarten Bezug genommen.

Â

II.

Â

Die zulÄxssige Beschwerde des Antragsgegners ist begrļndet.

Â

Nach <u>ŧ 86b Abs. 2 S. 1 SGG</u> kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine VerĤnderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden kĶnnte. Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorlĤufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis zulĤssig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint (<u>ŧ 86b Abs. 2 S. 2 SGG</u>). Der Erlass einer einstweiligen Anordnung setzt voraus, dass die Antragsteller das Bestehen eines zu sichernden Rechts (den so genannten Anordnungsanspruch) und die Notwendigkeit einer vorlĤufigen Regelung (den so genannten Anordnungsgrund) glaubhaft machen (<u>ŧ 86 b Abs. 2 S. 4 SGG</u>, <u>ŧ 920 Abs. 2 Zivilprozessordnung â</u> ZPO).

 $Daf\tilde{A}^{1}/_{4}r$ ist erforderlich, aber auch ausreichend, dass die tats \tilde{A} xchlichen Voraussetzungen von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund zur

 \tilde{A}_0 berzeugung des erkennenden Gerichts mit \tilde{A}_4 berwiegender Wahrscheinlichkeit vorliegen (vgl. Bundessozialgericht \hat{a}_0 BSG-, Beschluss vom 8. August 2001, \underline{B} 9 V 23/01 B, Rn. 5, zitiert nach juris). Auch im Beschwerdeverfahren sind grunds \tilde{A}_{2} tzlich die tats \tilde{A}_{2} chlichen und rechtlichen Verh \tilde{A}_{2} ltnisse zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung ma \tilde{A}_{2} geblich (Hamburgisches Oberverwaltungsgericht, Beschluss vom 4. April 1990, Bs \underline{IV} 8/90, zitiert nach juris).

Â

Vorliegend hat das Sozialgericht Berlin dem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz zu Unrecht $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berwiegend stattgegeben.

Â

Ein Anspruch auf eine einstweilige Anordnung im Sinne von <u>ŧ 86b Abs. 2</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) besteht jedenfalls deshalb nicht, weil ein Anordnungsanspruch nach dem Ergebnis des Verfahrens nicht besteht. Zur Feststellung eines solchen Anordnungsanspruches gehĶrt insbesondere die zumindest als mĶglich erscheinende Hilfebedļrftigkeit im Sinne von <u>ŧ 7 Abs. 1</u> Nr. 3, <u>§ 9 SGB II</u>. Eine Hilfebedļrftigkeit in diesem Sinne ist nicht gegeben und damit ein Anordnungsanspruch ausgeschlossen, wenn der Lebensunterhalt ausreichend aus dem zu berļcksichtigenden Einkommen oder VermĶgen gesichert werden kann (vergleiche <u>§ 9 Abs. 1 SGB II</u>). Zu dem zu berļcksichtigenden VermĶgen gehĶren insbesondere nicht angemessene oder nicht selbstgenutzte Hausgrundstļcke oder eine entsprechende Eigentumswohnung (<u>§ 12 Abs. 3 Nr. 4 SGB II</u>) und ein nicht angemessenes Kraftfahrzeug (<u>ŧ 12 Abs. 3 Nr. 2 SGB II</u>).

Â

Vorliegend besitzen die Antragsteller verwertbares Vermögen im Libanon, sodass eine Hilfebedù⁄₄rftigkeit nicht festgestellt werden kann. Zu dieser Ã□berzeugung gelangt der Senat insbesondere aufgrund der Ermittlungsergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens.

Â

Das Sozialgericht Berlin konnte in der hier angegriffenen Entscheidung unter Hinweis auf den Beschluss der 108. Kammer vom 18. Februar 2019 und zahlreiche FolgebeschlĽsse verschiedener Kammern des Sozialgerichts Berlin diese Ä[berzeugung nicht gewinnen und hat stattdessen Leistungen fĽr den streitigen Zeitraum aufgrund einer FolgenabwĤgung zugesprochen. Hierbei hat es allerdings die Anforderungen an einen Nachweis zur Bildung einer Ä[berzeugung Ľberspannt und stattdessen rechtsfehlerhaft aufgrund einer FolgenabwĤgung entschieden. Eine FolgenabwĤgung ist nicht zulĤssig, wenn die maÄ[geblichen Tatbestandsvoraussetzungen fļr eine ausreichende Ä[berzeugungsbildung geklĤrt sind.

Â

GemäÃ∏ <u>§ 128 Abs. 1 S. 1 SGG</u> entscheidet das Gericht nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Ã\| berzeugung. Hierbei ist eine absolute Gewissheit so gut wie nie mA¶glich und auch nicht erforderlich; ausreichend ist an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit (Keller in Meyer-Ladewig/ Keller/ Leitherer/ Schmidt, SGG, 13. Aufl., 2020, § 128 Rn. 3b, mit weiteren Nachweisen). Diese Voraussetzung ist erfA¼llt, wenn die Tatsache in so hohem Ma̸e wahrscheinlich ist, dass alle Umstände des Falles nach vernünftiger Abwägung des Gesamtergebnisses des Verfahrens und nach der allgemeinen Lebenserfahrung geeignet sind, die volle richterliche ̸berzeugung zu begründen; gewisse Zweifel sind unschädlich, solange sie sich nicht zu gewichtigen Zweifeln verdichten (Keller, a.a.O., § 128 Rn. 3b, mit zahlreichen weiteren Nachweisen). Das Gericht würdigt hierbei das Gesamtergebnis des Verfahrens einschlie̸lich der Beweisaufnahme frei nach der Ã∏berzeugungskraft der jeweiligen Beweismittel und des Beteiligtenvortrags unter AbwĤgung aller Umstände und insbesondere einander widersprechender Beweisergebnisse darauf, ob die maÄngebenden Tatsachen mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen, geboten ist eine lebensnahe Beweiswürdigung mit ausgewogenen Ergebnissen (Keller, a.a.O., § 128 Rn. 4, mit weiteren Nachweisen). Bei der Beweiswürdigung sind nach <u>§ 118 SGG</u> die Regeln der Zivilprozessordnung (ZPO) entsprechend anzuwenden, insbesondere zur Beweiskraft von Urkunden nach §Â§ 415-419 ZPO (Keller, a.a.O., § 128 Rn. 4b, und § 118 Rn. 13a, mit weiteren Nachweisen).

Â

Nach diesen Grunds \tilde{A} xtzen hat der Senat keine vern \tilde{A} 4nftigen Zweifel daran, dass die Antragsteller insbesondere Eigent \tilde{A} 4mer zahlreicher werthaltiger Immobilien im Libanon sind.

Â

Dies ergibt sich zum einen aus den Zeugenaussagen, die gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde{A}$

In insgesamt drei Vernehmungen (in der nichtĶffentlichen Sitzung des Sozialgerichts Berlin am 13. Februar 2019 und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren am 21. Dezember 2016 und 13. Dezember 2017) hat der Zeuge durchgehend ausgesagt, dass die Antragsteller über zahlreiche Immobilien im Libanon verfügen mit einem Gesamtwert von mehreren Millionen Euro. Gewichtige Zweifel hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Zeugen oder der Glaubhaftigkeit seiner Aussage sind nicht ersichtlich.

Â

Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Zeugen hat die 108. Kammer des

Sozialgerichts Berlin in ihrer damaligen Beweiswürdigung im Beschluss vom 18. Februar 2019 (S 108 AS 224/19 ER), auf die sAxmtliche Folgeentscheidungen letztlich verweisen, zwar wohl zutreffend erwĤhnt, dass zwischen dem Zeugen und dem Antragsteller zu 1) familiäre und religiöse Spannungen vorliegen. Dies allein rechtfertigt aber keine durchgreifenden Bedenken an der Glaubwürdigkeit des Zeugen, wenn hierzu keine weiteren Erkenntnisse vorliegen, insbesondere die Aussage in sich kongruent ist, mit den sonstigen Ermittlungsergebnissen im Einklang steht und allgemeinen ErfahrungssÄxtzen entspricht. Grļnde fļr eine fehlende Glaubwýrdigkeit des Zeugen wurden allerdings nicht weiter genannt und sind auch sonst nicht ersichtlich. Stattdessen erscheinen die Aussagen durchaus als nachvollziehbar. So darf beispielsweise als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, dass innerhalb der unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen teilweise erhebliche Spannungen vorliegen und sogar in jýngster Vergangenheit zu Kriegen und Gewaltsexzessen gefļhrt haben. Es ist deshalb durchaus nachvollziehbar, dass solche Spannungen auch innerhalb einer Familie zu Konflikten führen und eine Familie entzweien können. Vorliegend wurden diese Spannungen durch den Antragsteller zu 1) auch bestÄxtigt, allerdings anders begründet und es steht fest, dass der Zeuge tatsÃxchlich erheblich verletzt und in Ĥrztlicher Behandlung war. Dies kann erklĤren, dass der Zeuge innerhalb einer Familie als Schwiegersohn zur Aussage gegen den Schwiegervater (dem Antragsteller zu 1) bereit war; daraus kann aber nicht ohne weiteres abgeleitet werden, dass dieser Aussage mangels Glaubwürdigkeit des Zeugen kein Glauben zu schenken sei.

Â

Die Zeugenaussagen sind auch durchaus glaubhaft. Alle drei Zeugenaussagen sind in sich nicht widersprýchlich, werden durch weitere Erklärungen plausibilisiert und stehen im Einklang mit den sonstigen Ermittlungen und allgemeinen Erfahrungssätzen. Der Zeuge hat seine eigenen Kenntnisse nachvollziehbar erklärt, insbesondere aus seiner Eigenschaft als Familienmitglied und die Unterstýtzung seiner Familie im Libanon durch Informationsbeschaffung. Er hat beispielsweise zutreffend auf das Vorhandensein eines VW-Pkw hingewiesen â∏gröÃ∏er als ein Tiguanâ∏; von den Ermittlungsbehörden im Libanon wurde schlieÃ∏lich ein VW Touareg identifiziert, als dessen Halter der Antragsteller zu 1) festgestellt wurde. Ganz erheblich für die Glaubhaftigkeit der Zeugenaussage sprechen zudem die vom Zeugen vorgelegten GrundbuchauszÃ⅓ge und die weiteren Ermittlungsergebnisse im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren.

Â

Diese Grundbuchauszýge sind nach § 118 SGG i.V.m. §Â§ 415 ff. ZPO ebenfalls im sozialgerichtlichen Verfahren als Urkundenbeweis zu werten, ebenso wie weitere öffentliche Urkunden im Sinne des § 415 ZPO und stellen damit zum anderen eine weitere gewichtige Erkenntnisquelle fýr die Erlangung einer Ã \Box berzeugung im Sinn von § 128 SGG dar. AuÃ \Box er den Grundbuchauszýgen sind in der Akte zum staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren zahlreiche weitere Urkunden enthalten, die sÃmmtlich die Angaben des Zeugen zum vorhandenen

Immobilienvermögen im wesentlichen bestätigen. Zu nennen sind hier beispielsweise die im Rahmen des Rechtshilfeersuchens durch das AuÃ□en- und Immigrationsministerium der Libanesischen Republik erteilte Auskunft vom 17. September 2018 zu den Auskù¼nften der Grundbuchämter und der Finanzabteilung ù¼ber das Immobilienvermögen im Libanon, die Auskunft der Botschaft des Libanon in der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Oktober 2019 ù¼ber die Identität der beim Eigentumserwerb 2011 ausweislich des damaligen Vertragsprotokolls vorgelegten Ausweisdokumente der Antragsteller zu 1) und 2) und die zahlreichen Mitteilungen des BKA ù¼ber die Ermittlungen im Libanon vom 24. September 2020, 29. Oktober 2020 und 30. Oktober 2020.

Â

Bei seiner Entscheidung verkennt der Senat nicht, dass durchaus Zweifel an der Richtigkeit von Urkunden angebracht sein kA¶nnen, die gegebenenfalls im Hauptsacheverfahren aufzuklĤren wĤren. In stĤndiger Rechtsprechung hat der Senat allerdings bereits entschieden, dass einer Urkunde grundsÄxtzlich ein erheblicher Beweiswert zukommt (unter anderem Beschluss vom 9. September 2020, L 31 AS 1227/20 B ER, mit weiteren Nachweisen). Offiziellen schriftlichen Auskünften staatlicher Stellen beispielsweise im Libanon, hier dem Auà enministerium im Libanon und der Libanesischen Botschaft, kommt aber als Ķffentlicher Urkunde grundsĤtzlich ein hoher Beweiswert nach <u>§ 118 Abs. 1 SGG</u> i.V.m. § 415 ff. ZPO zu, da sie nach dem Gesetz den vollen Beweis der darin bezeugten Tatsachen begründen (§ 418 Absatz 1 ZPO). Gleiches gilt nach Ansicht des Senats auch für die schriftlichen Auskünfte des BKA zu den Ermittlungsergebnissen im Libanon. Der Beweis der Unrichtigkeit der in diesen Urkunden bezeugten Tatsache ist zwar grundsÄxtzlich zulÄxssig (§ 418 Abs. 2 ZPO), aber auch erforderlich, um den Beweiswert der errichteten Urkunde zu erschA1/4ttern. Im Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz sieht der Senat diese Urkunden daher zum Nachweis einer Tatsache grundsÄxtzlich als geeignet an, solange der Beweis der Unrichtigkeit nicht erbracht ist.

Â

Ein solcher Beweis der Unrichtigkeit ist vorliegend nicht ansatzweise ersichtlich. Zwar hat die 108. Kammer des Sozialgerichts in ihrer o.g. Entscheidung aus dem Jahre 2019, auf die die Folgeentscheidungen einschlieÄ lich der hier angegriffenen letztlich nur verwiesen haben, zutreffend und nachvollziehbar dargelegt, dass beispielsweise die Angabe des Geburtsdatums des Antragstellers zu 1) und der Name der Mutter der Antragstellerin zu 2) nicht ohne Zweifel sind. Das Gericht hat allerdings selbst hierzu zutreffend weiter ausgefÄ ¼hrt, dass diese Unstimmigkeiten beispielsweise durch Schreib- und Transkriptionsfehler begrÄ ¼ndet sein kà ¶nnen. Insofern hat der Antragsgegner zutreffend darauf hingewiesen, dass aufgrund der ansonsten herrschenden Ä bereinstimmungen und der mehrfachen ErklÄ zrungen der auskunftsgebenden Stellen, sowie der Ermittlungen des BKA im Libanon begrÄ ¼ndete Zweifel am wesentlichen Kern der Urkunde jeweils insgesamt nicht gerechtfertigt sind. Nach diesen Urkunden sind die Antragsteller EigentÄ ¼mer diverser Immobilien im Libanon und es ist als nachgewiesen anzusehen, dass sie

insbesondere im Jahre 2011 eine Immobilie erworben haben und sich damals ausweislich des Vertragsprotokolls durch Vorlage ihrer authentischen Ausweisdokumente ausgewiesen haben.

Â

Allein die Behauptungen der Antragsteller, sie wA¼rden nicht A¼ber ImmobilienvermĶgen im Libanon verfļgen, wĤren nicht zum Erwerb solchen Vermögens in den Libanon eingereist, würden aus Kostengründen ohnehin nur sehr selten in den Libanon reisen und hÄxtten seit der Hausdurchsuchung nichts mehr von den Vorwürfen gehört, sind nicht für einen gelungenen Beweis der Unrichtigkeit der oben genannten Urkunden geeignet. So ist beispielsweise die Behauptung, die Antragsteller h\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)tten von der Fortf\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)hrung des Strafverfahrens seit der Hausdurchsuchung keine Kenntnis mehr gehabt, schon deshalb nachweislich unzutreffend, weil die Staatsanwaltschaft mit Anklageschrift vom 22. Januar 2020 unter Hinweis auf die zahlreichen Beweismittel Anklage erhoben hat und der Strafverteidiger der Antragsteller im dortigen Strafverfahren mit Schriftsatz vom 16. April 2020 beantragt hat, die ErĶffnung des Hauptverfahrens abzulehnen. Zudem erfolgte mit Beschluss vom 16. Juni 2022, mithin ebenfalls vor Einleitung dieses Verfahrens auf einstweiligen Rechtsschutz mit anwaltlichem Schriftsatz vom 1. Juli 2022, mit Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten die Zulassung der Anklage zur Hauptverhandlung, die ebenfalls dem Strafverteidiger zugestellt wurde. Schon vor Einleitung des hiesigen Verfahrens auf einstweiligen Rechtsschutz waren die Antragsteller damit in Kenntnis, dass gegen sie im strafrechtlichen Verfahren zahlreiche Beweismittel, insbesondere zahlreiche Urkunden, vorliegen, Anklage erhoben und zugelassen wurde, sodass ihre Behauptung im hiesigen Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz, sie hAxtten aus dem Strafverfahren keinerlei Kenntnisse mehr, nachweislich nicht zutrifft.

Â

In diesem Zusammenhang ist schlieÃ□lich weiter festzustellen, dass eine Folgenabwägung im Rahmen von § 86b SGG nur bei einem offenen Ausgang des Verfahrens in Betracht kommt und im Rahmen einer Abwägung das Verhalten der Antragsteller im Verfahren zu berýcksichtigen ist (Keller, a.a.O., § 86b, Rn. 29, mit weiteren Nachweisen). Selbst bei einer Folgenabwägung wären daher insbesondere die unwahren Angaben der Antragsteller zu dem Verlauf des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens zu berýcksichtigen.

Â

AbschlieÃ \square end ist nach Ansicht des Senats schlieÃ \square lich auch festzustellen, dass sowohl die Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft (vergleiche $\frac{\hat{A}\S}{170}$ der Strafprozessordnung- StPO) als auch die Zulassung zur Hauptverhandlung durch das Amtsgericht (vergleiche $\frac{\hat{A}\S}{203}$ StPO) fÃ 1 / 4 r einen gelungenen Nachweis des Immobilienbesitzes im Libanon sprechen, weil ein Nachweis solchen VermÃ 4 gens eine Voraussetzung fÃ 1 / 4 r eine Verurteilung nach $\frac{\hat{A}\S}{263}$ StPO wegen Betruges zulasten des Antragsgegners wÃ 2 re.

Â

Schlieà lich spricht die Entscheidung des 10. Senats des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 30. August 2019 in einem vorherigen Verfahren (L 10 AS 1491/19 B ER) schon deshalb nicht gegen die gewonnene à berzeugung, weil der 10. Senat die damalige Beschwerde des Beschwerdegegners als unzulà ssig verworfen hat und im à brigen lediglich auf die Ausfà hrungen des Sozialgerichts in seiner damaligen Entscheidung verwiesen hat. Eine Auseinandersetzung mit den zahlreichen Beweismitteln aus dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, die zum damaligen Zeitpunkt (August 2019) auch zum Teil noch nicht vorlagen, erfolgte in dem damaligen Beschluss erkennbar nicht.

Â

Insgesamt ist damit abschlie \tilde{A} \square end festzustellen, dass die Antragsteller zu 1) und 2) insbesondere ausweislich der Zeugenaussage und der zahlreichen Urkunden aus dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren \tilde{A}^{1} /4ber umfangreichen Immobilienbesitz im Libanon verf \tilde{A}^{1} /4gen, dessen Gesamtwert laut Auskunft der libanesischen Finanzbeh \tilde{A} frden mit \tilde{A}^{1} /4ber 1,7 Milliarden Libanesische Lira zu beziffern ist, umgerechnet (1.507,5 Lira = 1 \$) nach den Feststellungen des BKA mithin ein Wert von (1.700.000.000 Lira oder 1700 Millionen Lira : 1507,5 =) mindestens 1.127.694,85 Millionen US-Dollar, nach derzeitigen Umrechnungskurs mithin \tilde{A}^{1} /4ber 1,1 Millionen \hat{a} \Box \Box Dazu verf \tilde{A}^{1} /4gen sie zudem \tilde{A}^{1} /4ber einen Luxus-Pkw (VW Touareg) dessen Wert bei einem Listenpreis ab 68.000 \hat{a} \Box Dach den Ermittlungen des Antragsgegners allein den Verm \tilde{A} gensfreibetrag von 22.800 \hat{a} \Box Dach den Ermittlungen \tilde{A}^{1} /4bersteigen d \tilde{A}^{1} /4rfte.

Â

Soweit die Antragsteller schlieà lich das Vorhandensein des Immobilienvermà gens generell und seine Verwertbarkeit im Speziellen bestreiten, fý hrt dies nicht zu einer fehlenden Verwertbarkeit im Sinne von § 12 SGB II. Zum einen dü rfte der vorhandene Pkw VW Touareg ohne weiteres verwertbar sein und dessen Verwertung bereits zur Deckung des Lebensbedarfs im streitigen Zeitraum ausreichend sein. Soweit auf den Immobilienbesitz abzustellen ist, ist ebenfalls von einer Verwertbarkeit auszugehen, weil das Verhalten der Antragssteller nach dem Rechtsgedanken aus § 444 ZPO als Beweisvereitelung anzusehen ist, die zu einer Umkehr der Beweislast fü hrt und danach die Ermittlungen des Antragsgegners als bewiesen anzusehen sind (Vergleiche hierzu Keller, a.a.O., § 128 Rn. 5a, mit weiteren Nachweisen). Dies gilt schlieà lich auch dann, wenn der Pkw oder die Immobilien zwischenzeitlich verkauft wà ren, weil dann anstelle des Sachbesitzes dieser Dinge der Besitz des Verkaufserlà ses treten wà 4rde.

Â

Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe f $\tilde{A}^{1/4}$ r das Beschwerdeverfahren ist gem $\tilde{A} \approx \tilde{A} = 1$ A§ 73 a SGG i.V.m. $\tilde{A} \approx 1$ der Zivilprozessordnung (ZPO) abzulehnen. Zwar ist in dem hiesigen Beschwerdeverfahren nach $\tilde{A} \approx 1$ SGG i.V.m. $\tilde{A} \approx 1$ SGC 2 ZPO

nicht zu pr \tilde{A} ½fen, ob die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet oder mutwillig erscheint, weil der Antragsgegner das Rechtsmittel eingelegt hat. Angesichts des nachgewiesenen Verm \tilde{A} ¶gens der Antragsteller im Libanon ist aber eine Hilfebed \tilde{A} ½rftigkeit im Sinne von \hat{A} § 114 ZPO, die in jedem Fall zu pr \tilde{A} ½fen ist, nicht erkennbar.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des $\frac{\hat{A}\S 193}{SGG}$.

Â

Dieser Beschluss ist nicht mit der Beschwerde anfechtbar (§ 177 SGG).

Â

Â

Â

Erstellt am: 25.11.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024